

Die Vereinigten Staaten nach Vietnam

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **69 (1975)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142458>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Vereinigten Staaten nach Vietnam

Nachdem die USA 1919 samt ihrem Satelliten Chiang Kai-shek aus China hinausgeworfen wurden, sind sie auch in Süd-Vietnam und in Kambodscha um eine Erfahrung reicher geworden, wie sich der amerikanische Staatssekretär Henry Kissinger in einem Fernseh-Interview auszudrücken beliebte. Er fand nachträglich heraus, «amerikanische Truppen hätten niemals nach Vietnam entsandt werden dürfen». Als Außenminister Nixons hatte er noch versucht, über 500 000 Mann US-Truppen und ganze Flotten von Bombern «die Glaubwürdigkeit amerikanischer Versprechen» zu beweisen. Um einen Prestigeverlust für sein Land zu vermeiden, setzte er, wie der Außenpolitiker des «Tagesanzeigers» (pst. 7. Mai 75) schreibt, «die schwersten Kaliber einer terroristischen Großkriegführung ein, und schadete gerade dadurch dem Prestige Amerikas nach außen und innen».

Dies heißt nun nicht, wie man glauben könnte, daß die amerikanische militärische Macht im Pazifikraum schwer gelitten hätte. Abgesehen davon, daß sich die USA noch immer auf den Philippinen und in Südkorea — wenn auch zum Teil gegen erheblichen Widerstand der Bevölkerung halten können — sie gedenken im pazifischen Raum zu bleiben. Wie der hohe Offizier der Besatzungsarmee in Vietnam erklärte (siehe «Neue Wege», März 1975, S. 96): «Wir gehen und wir bleiben — unsere Bodentruppen gehen, unsere Luftwaffe wird verstärkt — nicht in Vietnam, um Vietnam. Um Vietnam wird ein Gürtel gelegt, neue Flugwaffenbasen in Thailand und auf den Philippinen, Verstärkung der Flotte im Chinesischen Meer. Für die Weltöffentlichkeit gehen wir, eine neue Strategie, das ist alles.»

Eine Bestätigung dieser Sachlage ergibt sich auch aus dem **Bericht** (Nov. 1974) **über die 20. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben**, die im August 1974 in Tokyo abgehalten wurde. Unter dem Konferenznamen **Gensuikyo** vereinigten dort Delegationen aus sieben- und vierzig Ländern ihre Forderung nach einem universellen Verbot des Gebrauchs, der Tests, der Herstellung und Lagerung von Nuklearwaffen.

Aus den Delegationsberichten aus aller Welt geht hervor, «daß sich der Atom-Rüstungswettlauf trotz allen schönen Erklärungen von Entspannung und friedlicher Ko-Existenz, beschleunigt. Nachdem sie in Indochina besiegt wurden, haben die amerikanischen Imperialisten ihre Politik der Interventionen und Aggression keineswegs geändert und unternehmen, außer direkten militärischen Angriffen alles, um ihre Marionetten von Staatshäuptern bei der Stange zu halten und ihre neokolonialistische Beherrschung fortzusetzen. «Während die Wahrscheinlichkeit eines allgemeinen Nuklearkrieges sich vermindert zu haben

scheint — wohlverstanden s c h e i n t, ist die Gefahr eines l o k a l e n Nuklearkrieges (Theater Nuclear War), so heißt es im Konferenzbericht, infolge der erweiterten USA-Nuklearpolitik, einer neuen Strategie und Taktik und weiterer Streuung taktischer Nuklearwaffen in Übersee (Japan) heute größer als je».

Von den Konferenz-Delegationen ist natürlich die japanische die stärkste, wie ja auch ihr Land am schwersten unter der Atom-Katastrophe von 1945 gelitten hat und noch heute leidet. Japans Niederlage hatte zudem eine absolute Abhängigkeit von den USA für das bloße Überleben im Gefolge; die Verfüllung der materiellen Interessen der führenden Schichten Japans mit denen der USA brachte es mit sich, daß für Jahre die Abwehr gegen USA-Pläne einer Verwendung Japans als größten Marine- und Luftwaffenstützpunkt keinen Erfolg zeitigte. Was geschehen konnte, die Aufklärung der Bevölkerung Japans über die Ausdehnung der Operationsbasen für mit Nuklearwaffen bestückte Flugzeugträger und Unterseeboote von Okinawa auf die Hauptinseln Japans geschah — diese Aufklärung erfolgte unter größten Schwierigkeiten und Gefahren für die Erforscher, da die japanische Regierung nichts zu ihrem Schutz tat. Unter dem sogenannten «Sicherheits-Vertrag» zwischen USA und Japan können auch Atom-Unterseeboote, ohne besondere Sicherheitsmaßnahmen die japanischen Vertragshäfen anlaufen. «Wie durch obszöne Falschmeldungen von seiten der Beteiligten, nämlich der japanischen Regierung, und durch Bestechung der Büros für Wissenschaft und Technologie die Zustimmung zu den amerikanischen Operationen erreicht wurde, kann man nur mutmaßen.»

Der Widerstand gegen die nuklear-bewaffneten USA-Stützpunkte in Japan nimmt jedoch zu, und dürfte in den nächsten Jahren zu einem die ganze Nation umfassenden Kampf anwachsen. «Die Widersprüche zwischen japanischen Behörden und dem ganzen System militärischer Stützpunkte werden unerträglich. Die Verteidigung unserer nationalen Existenz und Lebensweise ist unmöglich, es sei denn wir werden diese gefährliche Fremdherrschaft los», so lautet der unbeugsame Entschluß der japanischen Delegation.

Daß entschiedener Widerstand der Öffentlichkeit die Absichten der Planungsgremien mit Erfolg bekämpfen kann, zeigte sich in Neuseeland, wo die USA ein sogenanntes Omega Radio-Navigations-System installieren wollten, eine Apparatur, die den mit Lenkwaffen bestückten Unterseebooten ermöglicht, ihre Geschosse zielsicher abzufeuern. Dies hätte bedeutet, daß Neuseelands Omega-Stationen im Konfliktfalle sofort das Ziel feindlicher Angriffe geworden wären. Ein Proteststurm erhob sich gegen eine solche amerikanische Zumutung, sodaß die USA ihr Projekt zurückzogen, nur um es in Australien zu bauen. Woraus die Lehre zu ziehen ist, daß die Abwehr gegen Stützpunkte von Groß-

mächten überall erfolgen muß. Auch Bemühungen, den Süd-Pazifik zu einer atomfreien Zone zu machen, obschon möglich, würden nicht genügen, weil sie eine Großmacht wie USA nicht hindern würden, Krieg zu führen, indem nämlich die wirklich bedeutenden Stützpunkte wie Guam, die Philippinen und Hawaïi intakt blieben. Das Ziel muß sein: ganzer Pazifik eine Friedenszone, von welcher jede Form von Krieg verbannt ist.

Wie steht es mit der Verteilung von USA-Stützpunkten und ihrer Bewaffnung in Europa? Soviel in Erfahrung gebracht werden kann, bestehen in Europa über hundert Standorte von Atomwaffen-Depots, teilweise zur ausschließlichen Verfügung der USA, andere der NATO unterstellt. 1966 waren siebentausend USA-Nuklearwaffen in Europa stationiert, die heutige Zahl ist nicht festzustellen. Allein der amerikanische Präsident kann den Befehl zum Einsatz der Nuklearwaffen geben, die dem American Strategic Air Command unterstehen, wie auch den U-Boot-Flotten im Atlantik wie im Mittelmeer mit ihren Polaris- und Poseidon-Lenkraketen.

In England ist Holy-Loch, einer der drei Hauptstützpunkte für die amerikanische U-Boot-Flotte, ein anderer ist Guam im Pazifik und der dritte ist Rota, südlich von Cadix in Spanien. Obschon die Labour-Party-Konferenz sowohl 1972 wie 1973 beschloß, «es seien alle Stützpunkte für den Einsatz von Nuklearwaffen, ob britisch oder amerikanisch, auf britischem Territorium oder in britischen Gewässern, aufzuheben», hätte das Pentagon sich nicht aufzuregen brauchen, die Konferenz-Resolution wurde von Wilsons Labour-Party nicht eingehalten, da keine Zweidrittel-Mehrheit für die Resolution erreicht wurde, wie die Ausrede lautete. Frankreich duldet auf seinem Gebiet keine amerikanischen Stützpunkte und glaubt sich sicher im Schutz seiner «force de frappe».

Auch die 20. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben in Japan hat, wie man sieht, keine hoffnungsvolle Bilanz für die friedliche Entwicklung der Welt zu bieten. Doch wie «SIPRI», das schwedische International Peace Research Institute, sieht sie eine ihrer Aufgaben darin, den wahren Sachverhalt, was Kriegsvorbereitungen und ihre Beweggründe betrifft, ans Licht zu ziehen. Unwissenheit macht bekanntlich die Gefahr nur größer. Es könnte sich herausstellen, daß mit der Ausschaltung von Nixon, einer der übelsten Figuren der amerikanischen politischen Szene, eine Art Kettenreaktion einsetzte, die noch weitere Watergates im Gefolge hätte.

Vor aller Welt ist doch in den letzten Phasen des amerikanischen Vietnam-Sündenfalls klar geworden, daß Nixon und seine Komplizen ihre Funktionen im Interesse der großen amerikanischen Korporationen und der größten Bürokratie in der Welt, des Pentagons, ausübten.

Ihr Hauptziel lag darin, ihrem Amerika den Zugang zu den Rohstoffen der Welt, zu billigen Arbeitskräften und Märkten für die amerikanischen Produkte zu sichern. Der Exekutive lag daran, eine Situation zu verewigen, in welcher Amerika mit 5 Prozent der Weltbevölkerung einen Drittel der Weltproduktion an Mineralien und Energie konsumieren und einen Verbrauchsstandard für sich beanspruchen kann, der etwa fünfzig mal so hoch ist wie die Durchschnittskonsumtion pro Kopf im Weltmaßstab. Ihre Strategie bestand

erstens in nuklearer Erpressung, durch ein Netz von Nuklearwaffen-Stützpunkten in der ganzen Welt;

zweitens in direkter militärischer Intervention, die seit 1945 immer wieder mit USA-Truppen und Bombern praktiziert wurde — von Korea, Libanon, der Dominikanischen Republik, bis Vietnam, Laos und Kambodscha;

drittens im Geheimkrieg des Präsidenten und seines engsten Stabes, die ohne volle Kenntnis des amerikanischen Volkes oder des Kongresses riesige Summen einsetzten, um Völkern, die sich zu befreien suchten, Regime von lokalen Großgrundbesitzern und Militärs aufzuzwingen. Sagte nicht Henry Kissinger in seinem eingangs erwähnten Bekenntnis, «es sei besser, die Fähigkeit der Regierung (amerikanischer Wahl) zum Widerstand zu stärken». So verwandelte sich die USA-AID in Waffen, Flugzeuge, Munition, militärische und polizeiliche «Berater», um Tausende von «Rebellen» gegen die von USA aufgezwungenen Regime einzukerkern, zu foltern und zu töten.

Einzig die nukleare Waffe hat der interventionslüsterne militärisch-industrielle Komplex der USA nicht einzusetzen gewagt, zum Teil wegen der Macht einer amerikanischen öffentlichen Meinung, vor allem aber wohl, weil eine andere Supermacht im Laufe der Jahre ein atomares Gegengewicht hergestellt hatte, so daß das Ziel der USA — die Beherrschung der Welt durch nukleare Technologie nicht erreicht wurde. Auch die direkte militärische Intervention hat sich in Indochina jetzt als Fehlschlag erwiesen.

Nun ist allerdings die Beurteilung der Rolle der USA im Abwehrkampf der Vietnamer und ihrer Nachbarn gegen den westlichen Imperialismus durchaus nicht einheitlich. Die Meinungsverschiedenheiten zeigen sich z. B. in einem Leserbrief an die «Zürichsee-Zeitung», in welchem der Ausgang des indo-chinesischen Krieges zutiefst bedauert wird. Mit der Begründung, die Bevölkerung Südvietnams komme nun um ihre demokratischen Rechte. Hatte das Volk Südvietnams unter Thieu wie unter all seinen von Amerika eingesetzten Vorgängern vielleicht demokratische Rechte? Oder das chinesische Volk unter Chiang Kai-shek? Wie blind kann Antikommunismus eigentlich machen?

Machen wir unsere Position klar. Es gibt ein demokratisches Ame-

rika, das wir bewundern. Es wird durch Leute verkörpert, die in Kenntnis der politischen Hintergründe gegen die Intervention ihres Landes in Vietnam kämpften und die Machenschaften der CIA und des Pentagon ans Licht zogen. Zu dieser Art von Amerikanern gehörte auch Franklin Delano Roosevelt, der erklärte, Indochina verdiene ein besseres Los als die Rückkehr zum Kolonialismus unter den Franzosen.

Dann glauben wir nicht, daß der Kommunismus, wie er heute in Rußland in Erscheinung tritt, und den wir der Knechtung des freien Wortes und seiner Unmenschlichkeit wegen verabscheuen, das letzte Wort in der Entwicklung des Sozialismus ist. Andererseits wüßten wir kein Regime, das ein Volk wie die Chinesen, das in das tiefste Elend versunken war, zum Teil durch die Schuld der eigenen Regenten, hätte zu einem Leben der Selbstachtung und gegenseitiger Hilfe erheben können, wie es die heutige Regierung fertig gebracht hat. Es wäre nach dem Zweiten Weltkrieg ein weitgehend demokratisches Regime auch in Vietnam — auf Jahrhunderte alten Dorfgemeinschaften fußend, möglich gewesen, wenn nicht die Rückkehr der französischen Kolonialherren diese Entwicklung unterbrochen und der Dreißigjährige Krieg — gegen Japaner und Franzosen alles zerstört hätte. Präsident Eisenhower, jedenfalls, war 1954 der Meinung, im Fall einer Abstimmung würden sich 80 Prozent aller Vietnamer für einen Volksstaat unter Ho Chi-Minh aussprechen. Darum mußten die USA nach Auffassung der amerikanischen Führung sofort intervenieren. Red.

Südafrikanische Regierungspolitik: Apartheid

Apartheid bestimmt die Regierungspolitik Süd-Afrikas. Diese wird von der großen Mehrheit der weißen Bevölkerung gebilligt. Denn sie wählt die Vertreter der National Party in das Parlament, die dort diese Politik betreiben. Dabei sind sich gewiß die meisten Weißen kaum bewußt, was eine solche Politik für die Schwarzen bedeutet. Sie singen inbrünstig am Sonntag in ihren Kirchen und Kapellen das in der englischen Sprachfamilie beliebte Lied «Onward Christian Soldiers», in dessen einer Strophe es heißt: «Wir sind nicht geteilt, sondern bilden einen Leib», ohne den leisesten Gedanken daran zu verlieren, daß die Mehrzahl der Schwarzen auch zum «Leib Christi» gehört, wobei sie aber entschieden von ihren weißen Brüdern getrennt sind. Aber die Weißen sind der Auffassung, daß sie gegenüber den Schwarzen punkto christlicher Liebestätigkeit genug getan hätten. Tatsächlich opfern sie an manche freiwillige Hilfsorganisationen für Schwarze ihre Beiträge